



02.11.2023 – 10:34 Uhr

Regierung verabschiedet Stellungnahme betreffend die Reform des Visa-Informationssystems

Vaduz (ots) -

Die Regierung hat in ihrer letzten Sitzung die Stellungnahme betreffend die Reform des Visa-Informationssystems (VIS) verabschiedet.

Mit der Stellungnahme beantwortet die Regierung die im Landtag im Rahmen der 1. Lesung im September aufgeworfenen Fragen. Diese betreffen vor allem die Herabsetzung des Alters für die Abnahme von Fingerabdrücken bei Kindern von zwölf Jahren auf sechs Jahre und die Befreiung von dieser Verpflichtung für Personen über 75 Jahre.

Bei der Vorlage für die Reform des Visa-Informationssystems (VIS) durch die Verordnung (EU) 2021/1133 und die Verordnung (EU) 2021/1134 handelt es sich um eine Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands, zu deren Übernahme Liechtenstein als Schengen-Mitgliedstaat grundsätzlich verpflichtet ist. Die EU-Verordnungen bilden die Grundlage für die Erneuerungen des VIS, um den Herausforderungen in der Visa-, Grenz- und Sicherheitspolitik besser gerecht zu werden. Die meisten Änderungen sind technischer Art. Gewisse Bestimmungen der VIS-Verordnungen müssen jedoch in der nationalen Gesetzgebung konkretisiert werden. Dies erfolgt durch eine Abänderung des Ausländergesetzes und des Asylgesetzes.

Pressekontakt:

Ministerium für Inneres, Wirtschaft und Umwelt
Raphael Gerner, Ausländer- und Passamt
T +423 236 6171
raphael.gerner@llv.li

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000148/100913016> abgerufen werden.